



---

Bericht über die Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens zur Genehmigung und Umsetzung des Übereinkommens des Europarats über die Fälschung von Arzneimitteln und Medizinprodukten und über ähnliche die öffentliche Gesundheit gefährdende Straftaten (Medicrime-Konvention)

---

Januar 2017

# Inhaltsverzeichnis

1	Ausgangslage .....	3
2	Vernehmlassungsverfahren .....	3
3	Allgemeine Beurteilung der Vorlage .....	4
4	Medicrime-Konvention: Stellungnahmen zu den einzelnen Artikeln und Themen .....	5
4.1	Art. 269 Abs. 2 Bst. k (neu) und Art. 286 Abs. 2 Bst. i (neu) StPO .....	5
4.2	Art. 4 Abs. 1 Bst. e HMG .....	5
4.3	Art. 59 Abs. 3 <sup>bis</sup> (neu) HMG .....	6
4.4	Art. 62b (neu) HMG .....	6
4.5	Art. 69 Abs. 4 (neu) HMG .....	7
4.6	Art. 86 Abs. 2 HMG .....	7
4.7	Art. 90 Abs. 3 (neu) HMG .....	8
4.8	Art. 90a (neu) HMG .....	8
4.9	Art. 90b (neu) HMG .....	8
4.10	Art. 90c (neu) HMG .....	8
4.11	Auswirkungen auf die Kantone .....	9
4.12	Informationsaustausch .....	9
4.13	Präventive Massnahmen .....	9
4.14	Richtlinie 2011/62/EU und Rückverfolgbarkeit der Arzneimittel .....	9
4.15	Einfuhr/Ausfuhr nicht verwendungsfertiger Arzneimittel .....	10
4.16	Kontrolle der Medizinprodukte .....	10
4.17	Verbandsbeschwerderecht .....	10
5	Beschränkung der Einfuhr durch Einzelpersonen .....	10
5.1	Für das vorgeschlagene Verbot .....	10
5.2	Gegen das vorgeschlagene Verbot .....	11
5.3	Weitere Meinungen .....	12
6	Anhänge .....	14

## 1 Ausgangslage

Das Übereinkommen des Europarats über die Fälschung von Arzneimitteln und Medizinprodukten und über ähnliche die öffentliche Gesundheit gefährdende Straftaten (Medicrime-Konvention) hat das Ziel, eine Gefährdung der menschlichen Gesundheit durch gefälschte Heilmittel (Arzneimittel und Medizinprodukte) zu verhindern. Die Konvention hält die Straftatbestände in Bezug auf die Herstellung, das Inverkehrbringen und den Handel mit gefälschten Heilmitteln sowie den Schutz der Rechte der Opfer dieser Straftaten fest. Zudem regelt sie die nationale und internationale Zusammenarbeit der zuständigen Behörden. Fragen des Patentschutzes und des geistigen Eigentums stehen explizit nicht im Fokus der Konvention.

Der Bundesrat hat am 10. Juni 2011 die Unterzeichnung der Konvention durch die Schweiz beschlossen. Die Unterzeichnung erfolgte am 28. Oktober 2011 zusammen mit elf weiteren europäischen Staaten im Rahmen einer internationalen Konferenz in Moskau, an der die Grundlagen für eine effektive Umsetzung des Übereinkommens gelegt wurden. Das Übereinkommen ist am 1. Januar 2016 in Kraft getreten.

Mit dem Heilmittelgesetz (HMG) und den entsprechenden Ausführungsverordnungen verfügt die Schweiz über gesetzliche Grundlagen, um die Fälschung von Arzneimitteln strafrechtlich zu verfolgen. Die Ratifizierung der Medicrime-Konvention erfordert jedoch noch einzelne Anpassungen im HMG und in der Strafprozessordnung (StPO). Diese betreffen insbesondere die Verbesserung des Informationsaustauschs, die Erweiterung der Möglichkeiten der strafrechtlichen Ermittlung sowie die Klärung der Rechtslage für die Vermittlung von Heilmitteln.

Unabhängig von der Frage der Genehmigung und Umsetzung der Medicrime-Konvention wurden zwei parlamentarische Vorstösse<sup>1</sup> eingereicht, die sich auf das Problem der Einfuhr nicht zugelassener Arzneimittel durch Einzelpersonen beziehen. In seinen Antworten hat der Bundesrat erklärt, er werde diese Frage im Rahmen der Ratifizierung der Medicrime-Konvention prüfen. Die Vernehmlassungsteilnehmer wurden deshalb aufgefordert, sich auch zur Frage zu äussern, ob die Einfuhr nicht zugelassener verwendungsfertiger Arzneimittel auf das persönliche Mitführen über die Grenze beschränkt werden soll, mit anderen Worten, ob Einzelpersonen die Einfuhr derartiger Arzneimittel auf dem Post-/Kurierweg untersagt werden soll.

## 2 Vernehmlassungsverfahren

Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsverfahren zur Genehmigung und Umsetzung der Medicrime-Konvention am 18. Dezember 2013 eröffnet. Das Verfahren dauerte bis 2. April 2014.

Neben den Kantonen, den interkantonalen Organisationen (Kantonskonferenzen) und dem Fürstentum Liechtenstein wurden zwölf politische Parteien, zwölf gesamtschweizerische Dachverbände und 135 andere Organisationen und interessierte Kreise, d. h. insgesamt 191 Adressaten, zur Vernehmlassung eingeladen. Die Liste der Adressaten ist in Anhang 2 beigefügt.

---

<sup>1</sup> Anfrage Hardegger (12.1065) «Einfuhr nicht zugelassener, verwendungsfertiger Arzneimittel durch Einzelpersonen». Interpellation Kessler (12.3746) «Qualitativ schlechte Medikamente aus Indien. Gesundheitsrisiko und hohe Kosten».

Insgesamt gingen 74 Antworten ein. Eine Antwort eingereicht haben alle Kantone, zwei interkantonale Organisationen, vier politische Parteien, vier gesamtschweizerische Dachverbände, 31 andere Organisationen und interessierte Kreise sowie sieben Organisationen, die nicht direkt angefragt worden waren. 45 dieser Stellungnahmen betreffen auch die Frage der Beschränkung der Arzneimittelleinfuhr durch Einzelpersonen. Ausserdem haben zwölf Akteure mitgeteilt, sie verzichteten auf eine Stellungnahme oder hätten keine Bemerkungen anzubringen.

Im vorliegenden Bericht werden die geäusserten Ansichten zusammengefasst. Zunächst werden die Standpunkte der Vernehmlassungsteilnehmer zur Ratifizierung des Übereinkommens und zu den Änderungen des HMG und der StPO allgemein dargelegt; danach folgen die Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln und Themen. Zum Schluss sind die Stellungnahmen zur Frage der Beschränkung der Einfuhr durch Einzelpersonen zusammengefasst. Die verwendeten Abkürzungen sind in Anhang 1 aufgeführt.

### **3 Allgemeine Beurteilung der Vorlage**

20 Kantone und die Mehrheit der anderen Akteure, die eine Stellungnahme eingereicht haben (27 von 36) erklären sich mit der Ratifizierung des Übereinkommens einverstanden. Sechs Kantone (AI, GE, LU, SG, SO, VS) sowie die Schweizerische Kantonsapothekervereinigung (KAV), der Arbeitgeberverband der Schweizer Dentalbranche (asd), die Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte (FMH), Intergenerika und der Schweizerische Apothekerverband (pharmaSuisse) stimmen der Umsetzung des Übereinkommens im schweizerischen Recht generell zu, ohne sich zur Ratifizierung selbst zu äussern.

Die meisten von ihnen begrüssen die vorgesehenen Anpassungen im HMG und in der StPO allgemein. Viele dieser Akteure schlagen jedoch einzelne Änderungen vor.

Das Centre Patronal (CP) lehnt die Ratifizierung ab und die Schweizerische Volkspartei (SVP) bezweifelt aus grundsätzlichen Überlegungen, dass sie notwendig ist. Beide erachten es als ausreichend, das Übereinkommen im schweizerischen Recht umzusetzen. Die SVP betont, dass es wichtig sei, Gesetzesänderungen weiterhin in der Schweiz regulär zu debattieren und zu legitimieren und zu verhindern, dass sie über internationale Übereinkommen automatisch oder dynamisch Einzug nähmen. Das CP erachtet eine Ratifizierung zumindest als verfrüht. Auch aus Sicht der Fédération des Entreprises Romandes (fer-sr) und des Schweizerischen Gewerbeverbands (SGV) ist die Ratifizierung nicht dringlich und kann warten. Hingegen sprechen sich alle vier dafür aus, das Übereinkommen im schweizerischen Recht umzusetzen.

Zudem vertritt das CP die Ansicht, die Bestimmungen des Übereinkommens könnten zu Unvereinbarkeiten mit dem innerstaatlichen Recht führen oder gar in der Praxis Probleme mit der Rechtssicherheit aufwerfen. Die fer-sr befürchtet, die Bestimmungen des Übereinkommens könnten zu Auslegungs- und Anwendungsschwierigkeiten führen und vor allem den legalen Arzneimittelhandel behindern, da gewisse unbeabsichtigte Fehler Fälschungen gleichgesetzt werden könnten.

Das Schweizerische Tropen- und Public-Health-Institut (SwissTPH) zeigt sich ebenfalls besorgt darüber, dass das Übereinkommen den legalen Arzneimittelhandel behindern könnte. Es betont, dass klar zwischen gefälschten Arzneimitteln und der Missachtung der Rechte am geistigen Eigentum unterschieden werden müsse, und weist auf die Gefahr einer Einschränkung des Handels mit Generika hin.

Nach Ansicht der Vereinigung der Schweizer Medizinalrechtsanwälte (SMLA) und der FMH sollte das Übereinkommen eher von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ausgehen, da es sich um ein weltweites Problem handle, das nicht nur die Länder betreffe, in denen die Arzneimittel legal hergestellt würden. Diese Organisationen verlangen, dass der Bundesrat diesbezüglich bei der WHO vorstellig wird.

Der Kanton Tessin macht geltend, das Schweizerische Heilmittelinstitut (Institut) müsse als hauptsächlich zuständige Behörde im Bereich der Bekämpfung von Fälschungen und des illegalen Handels anerkannt werden. Ihr müsse die Leitung der Verfahren und die Koordination der verschiedenen Behörden übertragen werden, auch in Bezug auf die Ein- und Ausfuhr.

Was die Frage der Beschränkung der Einfuhr durch Einzelpersonen anbelangt, befürworten 18 Vernehmlassungsteilnehmer das Verbot der Einfuhr nicht zugelassener Arzneimittel auf dem Post-/Kurierweg. Als Begründung wurden hauptsächlich der Schutz der Patientengesundheit sowie die Tatsache angeführt, dass die Versorgung mit Arzneimitteln, die auf dem schweizerischen Markt nicht verfügbar seien, über die gewöhnlichen Vertriebskanäle gewährleistet sei. 14 Vernehmlassungsteilnehmer lehnen ein solches Verbot ab, indem sie auf die Wahlfreiheit der Konsumentinnen und Konsumenten sowie auf Umsetzungsschwierigkeiten hinweisen. 13 Vernehmlassungsteilnehmer vertreten verschiedene andere Meinungen.

## **4 Medicrime-Konvention: Stellungnahmen zu den einzelnen Artikeln und Themen**

### **4.1 Art. 269 Abs. 2 Bst. k (neu) und Art. 286 Abs. 2 Bst. i (neu) StPO**

Ausdrücklich begrüsst werden diese Bestimmungen von den Kantonen Aargau, Bern, Tessin und Zürich, von der Vereinigung der Kantonsärztinnen und Kantonsärzte der Schweiz (VKS), von der Konferenz der kantonalen Polizeikommandanten der Schweiz (KKPKS), vom CP, von der fer-sr sowie von der SVP.

### **4.2 Art. 4 Abs. 1 Bst. e HMG**

Der Kanton Genf, der Verband der Schweizerischen Versandapotheken (VSVA), die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP) sowie die swiss pharma logistics association (pharmalog.ch) begrüssen es ausdrücklich, dass für Mäklerinnen und Mäkler und für Agentinnen und Agenten eine Bewilligung erforderlich ist.

Gemäss der KAV müssen die Diskrepanzen zwischen dem HMG und der Verordnung über die Bewilligungen im Arzneimittelbereich (AMBV) bereinigt werden. Diese Vereinigung macht wie der Kanton Tessin geltend, der Arzneimittelhandel müsse eindeutiger und klarer geregelt werden, da die unterschiedlichen Begriffe, die in diesen Erlassen verwendet würden, zu Problemen im Vollzug führten.

Einige Akteure schlagen vor, die Definition des Vertreibens anhand der Definition von Grosshandel zu ergänzen, die in der AMBV enthalten sei (GE), oder sie mit dieser Definition zu koordinieren (TI). Andere verlangen, die Definition eher in der AMBV aufzuführen (ZH) oder sie in dieser Verordnung wie in der Gesetzgebung der EU für jeden Typ von Akteur genauer auszuführen (pharmalog.ch);

pharmalog.ch wünscht zudem, dass die Definition des Vertreibens in den Artikeln 28 und 29 HMG aufgenommen und genauer ausgeführt wird.

Ausserdem fordert pharmalog.ch, dass in den Definitionen zwischen Vollgrossisten und Teilgrossisten unterschieden wird und verweist diesbezüglich auf das Problem der Rosinenpickerei. Die Organisation verlangt, dass in den einschlägigen Bestimmungen des HMG vorgesehen wird, dass für alle Akteure, die Arzneimittel vertreiben, einschliesslich der Mäkler und der Agenten, die gleichen Bedingungen für die Bewilligung, die Einhaltung der guten Vertriebspraxis und die Inspektion zur Anwendung gelangen.

Die Probleme, die sich durch Teilgrossisten ergeben, werden auch von pharmaSuisse erwähnt, der verlangt, dass die Versorgung mit Arzneimitteln zwingend über Vollgrossisten erfolgt.

Auch die SP weist darauf hin, dass alle im Vertrieb tätigen Akteure den gleichen Bedingungen für die Bewilligung, die Einhaltung der guten Vertriebspraxis und die Inspektion unterstellt werden müssen; die einschlägige Gesetzgebung sei entsprechend anzupassen.

Der Kanton Tessin und die KAV machen geltend, im Gesetz müsse die Anwendung der guten Vertriebspraxis auf die Einfuhr, die Ausfuhr und den Handel mit Arzneimitteln im Ausland vorgesehen werden.

#### **4.3 Art. 59 Abs. 3<sup>bis</sup> (neu) HMG**

Der Kanton Tessin und die SP begrüßen es ausdrücklich, dass die Unternehmen dazu verpflichtet werden, dem Institut jeden Verdacht auf illegalen Heilmittelhandel zu melden.

Der asd hält fest, die Meldepflicht könne hohe Anforderungen an ein kleines oder mittleres Unternehmen (KMU) stellen und dürfe keine besonderen Laboruntersuchungen bedingen. Inverkehrbringer und Quasihersteller verfügten oft nicht über die umfassenden Produktkenntnisse, um dieser Verpflichtung gerecht zu werden.

Die Schweizerische Handels- und Industrievereinigung der Medizintechnik (FASMED) wünscht, dass die Anzeigepflicht durch ein Melderecht ersetzt wird. Sie vertritt die Ansicht, solche Anzeigepflichten seien auf klar begrenzte Ausnahmesituationen bei schwerwiegendem Verdacht auf Verbrechen zu beschränken, die Bestimmung gehe weit über das Übereinkommen hinaus und sei zu wenig konkretisiert. Zudem fragt sie sich, ob die Bestimmung nicht in die Strafbestimmungen aufzunehmen wäre.

Der VSVA würde eine abgeschwächte Formulierung bevorzugen, da diese Pflichten seiner Meinung nach unzumutbar, schwer einschätzbar und kontrollierbar sowie kostentreibend sind.

#### **4.4 Art. 62b (neu) HMG**

Der VSVA stimmt dieser Bestimmung ausdrücklich zu.

Einige Standesorganisationen (FMH, pharmaSuisse, Apothekerverband des Kantons Freiburg [SPhF]) stellen sich gegen die vorgesehene Formulierung der Bestimmung. Ihrer Meinung nach sollte im Gesetz klar vorgesehen werden, dass die Weitergabe von Informationen an Unternehmen nur in besonderen Fällen, bei Vorliegen eines überwiegenden öffentlichen Interesses und nach einer Interessenabwägung gerechtfertigt ist. Nach Ansicht des SPhF darf diese Bestimmung nur

angewandt werden, wenn Elemente vorliegen, die einen Verdacht und eine mutmassliche Straftat bestätigen.

Auch die SP erachtet es als notwendig, die Möglichkeit zur Weitergabe der betreffenden Informationen im Gesetz genau zu definieren. Diese Weitergabe sei auf jene Situationen zu beschränken, in denen sie notwendig sei, um eine schwere Gefährdung der Gesundheit zu verhindern, die sich aus illegalem Handel ergebe.

Die SVP verlangt, dass eine verhältnismässige Praxis etabliert wird.

Der Kanton Luzern und die KAV fordern, dass bei der Anpassung dieser Bestimmung der Einbezug der Kantone berücksichtigt wird.

Nach Ansicht des Kantons Tessin sollte nur das Institut als Behörde bezeichnet werden, die für die Leitung der Verfahren und die Koordination der verschiedenen Behörden und somit auch für die Weitergabe von Daten dieses Typs zuständig ist.

Gemäss dem SwissTPH ist diese Bestimmung nicht klar genug formuliert; die Zuständigkeiten der Konkurrenzinstanzen und der Überwachungsinstanzen müssten klar separiert werden.

#### **4.5 Art. 69 Abs. 4 (neu) HMG**

Der Kanton Tessin, die SP, das SwissTPH und der VSVA stimmen dieser Bestimmung ausdrücklich zu.

#### **4.6 Art. 86 Abs. 2 HMG**

Ausdrückliche Zustimmung der Kantone Tessin und Zürich sowie des CP, der SP, des VSVA und – in Bezug auf bestimmte Aspekte – des Verbands der forschenden pharmazeutischen Firmen der Schweiz (Interpharma). Das CP betont, es sei wichtig, das Verhältnismässigkeitsprinzip zu wahren, und fügt hinzu, es müssten analoge Qualifikationskriterien wie in Artikel 19 Absatz 2 BetmG vorgesehen werden.

Der Kanton Thurgau spricht sich in Bezug auf die Freiheitsstrafen für eine Untergrenze von einem Jahr aus, wie dies im Betäubungsmittelgesetz vorgesehen ist.

Interpharma beantragt redaktionelle und formelle Änderungen sowie die Aufnahme der Fälschung als zusätzlichen Straftatbestand in das Gesetz. Die übrigen Änderungswünsche des Verbandes betreffen das am 18. März 2016 vom Parlament verabschiedete revidierte HMG.

Die Stellungnahme von Interpharma wird unterstützt von der Vereinigung Pharmafirmen in der Schweiz (vips), vom Wirtschaftsverband Chemie Pharma Biotech (scienceindustries), vom Schweizerischen Fachverband für Selbstmedikation (ASSGP), von der Handelskammer beider Basel (HKBB) sowie indirekt von der Farma Industria Ticino (FIT), die auf die Stellungnahme von scienceindustries verweist.

Das SwissTPH wünscht, dass die gesetzlichen Bestimmungen, welche die Verfolgung von Fälschung ermöglichen, in Bezug auf den Aspekt der Fälschung geklärt werden.

#### **4.7 Art. 90 Abs. 3 (neu) HMG**

Der Kanton Bern, das CP, die fer-sr und der VSVA stimmen dieser Bestimmung ausdrücklich zu.

#### **4.8 Art. 90a (neu) HMG**

Der Kanton Zürich, das CP, die fer-sr und die SP begrüßen diese Bestimmung ausdrücklich.

Die SVP verlangt, dass eine verhältnismässige Praxis etabliert wird.

Der Kanton Aargau erachtet die Aufsplitterung der Zuständigkeiten im Bereich der Strafverfolgung zwischen dem Institut, den Kantonen und der Bundesanwaltschaft als problematisch, zieht sie jedoch anderen Lösungen vor.

Der Kanton Tessin wünscht, dass die Hauptzuständigkeit im Bereich der geheimen Überwachung dem Institut zukommt.

Die Kantone Bern und Zug sowie die KKPKS und der VSVA stellen sich gegen den neuen Artikel 90a HMG. Ihrer Ansicht nach sollte die derzeitige Verteilung der Zuständigkeiten im Bereich der strafrechtlichen Ermittlung beibehalten und nach Meinung des Kantons Bern weiterentwickelt werden. Der Kanton Zug und die KKPKS verlangen, dass das Institut oder die Eidgenössische Zollverwaltung die betreffenden Massnahmen der verdeckten Ermittlung bei der Kantonspolizei oder der kantonalen Staatsanwaltschaft beantragen muss. Der Kanton Bern und der VSVA wünschen, dass Artikel 90a HMG gestrichen wird.

Eventualiter verlangt der Kanton Zug, dass Überwachungsmassnahmen, die über die Frist eines Monats hinaus andauern, von einer überprüfenden Instanz genehmigt werden.

Auch der Kanton Waadt vertritt die Auffassung, nach einem Monat müsse für die Weiterführung einer Observation oder einer verdeckten Fahndung, die vom Institut oder von der Eidgenössischen Zollverwaltung durchgeführt oder angeordnet werde, eine Bewilligung der Bundesanwaltschaft eingeholt werden.

Diesbezüglich ist auch die VKS der Ansicht, es müsse eine enge Kontrolle der Massnahmen, die in Artikel 90a HMG vorgesehen seien, durch eine unabhängige Instanz sichergestellt sein.

#### **4.9 Art. 90b (neu) HMG**

Das CP und die SP stimmen dieser Bestimmung ausdrücklich zu. Der Kanton Tessin wünscht, dass die Hauptzuständigkeit in diesem Bereich dem Institut zukommt.

#### **4.10 Art. 90c (neu) HMG**

Diese Bestimmung wird vom CP, von der Christlichdemokratischen Volkspartei der Schweiz (CVP) und von der SP ausdrücklich gutgeheissen. Die CVP betont, wie wichtig der Schutz der vertraulichen Daten beim Einbezug von fachkundigen Dritten sei.

#### **4.11 Auswirkungen auf die Kantone**

Aus Sicht des Kantons Basel-Stadt sind die kantonalen Aufgaben im Zusammenhang mit den Präventions- und Opferschutzmassnahmen, die im Übereinkommen vorgesehen werden, sowie den Informationsaustausch zwischen den Kantonen und mit dem Bund zu wenig präzise ausgeführt. Dasselbe gilt für die Ausführungen im erläuternden Bericht betreffend die finanziellen Auswirkungen, die sich für die Kantone ergeben.

Nach Ansicht des Kantons Aargau haben weder das Übereinkommen noch die vorgesehenen innerstaatlichen Rechtsänderungen relevante Auswirkungen auf die Strafverfolgungsbehörden des Kantons.

#### **4.12 Informationsaustausch**

Die VKS erachtet es als wichtig, dass der Informationsfluss zwischen dem Bund und den Kantonen nicht nur im Bereich der Strafverfolgung, sondern auch im Bereich der pharmakologischen Erkenntnisse zu den gefälschten Medikamenten optimal funktioniert.

#### **4.13 Präventive Massnahmen**

Der asd weist darauf hin, dass Artikel 18 des Übereinkommens, der sich auf die präventiven Massnahmen bezieht, den Aspekt der Internethandels ausser Acht lasse. Der Verband würde eine diesbezügliche Nachbesserung der Normen begrüessen.

Der Schweizerische Drogistenverband (SDV) erklärt sich bereit, sich an präventiven Massnahmen zu beteiligen.

#### **4.14 Richtlinie 2011/62/EU und Rückverfolgbarkeit der Arzneimittel**

Nach Ansicht des CP und der fer-sr ist es vor allem wichtig, das schweizerische Recht an das Recht der EU zur Bekämpfung von gefälschten Heilmitteln anzupassen.

Der Kanton Freiburg und die SP verlangen, dass die internationalen Standards in Bezug auf die Rückverfolgbarkeit der Arzneimittel im HMG verankert werden, wobei den betreffenden Unternehmen und Gesellschaften eine angemessene Übergangsfrist einzuräumen ist.

Pharmalog.ch betont ebenfalls, für eine wirksame Bekämpfung von gefälschten Produkten erschienen die in der Richtlinie 2011/62/EU vorgesehenen Massnahmen unerlässlich. Diese Organisation schlägt vor, in der Schweiz die gleichen Vorschriften anzuwenden wie in der EU und ein Authentifizierungs- und Überprüfungssystem einzuführen. Sie fordert den Gesetzgeber auf, die notwendigen Kontakte mit der Stiftung Refdata zu knüpfen.

Auch pharmaSuisse und der SPPhF wünschen ein System zur Sicherstellung der Rückverfolgbarkeit der Arzneimittel; sie betonen vor allem die Wichtigkeit einer Zusammenarbeit mit den Herstellern und Grossisten, damit die bereits bestehende Infrastruktur genutzt werden kann. Ausserdem sollten Arzneimittel nach Ansicht dieser Organisationen nur in Apotheken und/oder Drogerien mit entsprechender Fachberatung verkauft werden.

Das Groupement Romand de l'Industrie Pharmaceutique (GRIP) weist darauf hin, die Einführung von Kontroll- und Identifikationsmitteln vom Typ Data Matrix werde die Gefahr erheblich verringern,

dass Fälschungen in die offiziellen Vertriebskanäle für Arzneimittel gelangten. Diese Mittel (die eine individuelle Seriennummer umfassten), könnten für alle Medikamente verwendet werden, bei denen eine reale Fälschungsgefahr bestehe, vor allem für verschreibungspflichtige und teure Medikamente.

#### **4.15 Einfuhr/Ausfuhr nicht verwendungsfertiger Arzneimittel**

Der Kanton Zürich schlägt vor, Artikel 18 Absatz 2 HMG zu streichen und die in Absatz 1 vorgesehene Bewilligungspflicht auf nicht verwendungsfertige Arzneimittel auszudehnen, um das Recht an die derzeitige Praxis anzupassen, die sinnvoll sei.

Aus dem gleichen Grund erachten es der Kanton Tessin und die KAV als angebracht, auf die Kann-Formulierung in Artikel 18 Absatz 2 HMG zu verzichten.

#### **4.16 Kontrolle der Medizinprodukte**

Die Stiftung SPO Patientenschutz (SPO) stellt die Frage nach der Sicherheit der Medizinprodukte, insbesondere jener, die aus China importiert werden, und erkundigt sich, welche Medizinprodukte von dort eingeführt und wie sie kontrolliert werden.

Nach Ansicht des Kantons Neuenburg müssen zusätzliche Massnahmen vorgesehen werden, um den Markt der Medizinprodukte verstärkt zu kontrollieren. Das Problem wird auch vom Kanton St. Gallen angesprochen.

#### **4.17 Verbandsbeschwerderecht**

Die SPO empfiehlt, im Gesetz ein Beschwerderecht für die Patientenorganisationen zu verankern, da sie dies als Voraussetzung für die Umsetzung von Artikel 20 Absatz 5 des Übereinkommens betrachtet.

## **5 Beschränkung der Einfuhr durch Einzelpersonen**

### **5.1 Für das vorgeschlagene Verbot**

18 Vernehmlassungsteilnehmer begrüssen ein Verbot für Einzelpersonen, in der Schweiz nicht zugelassene verwendungsfertige Arzneimittel auf dem Postweg einzuführen: 15 Kantone (AG, BE, BL, BS, GE, GL, NE, NW, OW, SH, SO, SZ, TG, ZG und ZH), zwei Organisationen (Fédération romande des Consommateurs [FRC] und Intergenerika) und eine politische Partei (CVP).

Der Hauptgrund, den viele von ihnen anführen, ist die Gewährleistung der Sicherheit und der Qualität der Medikamente oder der Schutz der Patientengesundheit (BE, BS, GE, GL, NE, NW, OW, SO, SZ, ZH, ZG, FRC, Intergenerika und CVP). Die derzeitige Möglichkeit für Einzelpersonen, auf dem Postweg in der Schweiz nicht zugelassene Arzneimittel einzuführen, deren Qualität nicht kontrolliert wird, widerspricht aus Sicht von Intergenerika den zwingenden Massnahmen, die vorgesehen sind, um die Qualität und Sicherheit der Arzneimittel zu gewährleisten (Zulassungssystem, Einschränkung der Abgabe auf Medizinalpersonen, regelmässige Kontrollen der Zulassungsinhaber und des Fachhandels). Die Kantone Neuenburg, Solothurn, Zug und Zürich

weisen darauf hin, die Behandlung allfälliger Komplikationen, die auf Arzneimittel von mangelhafter Qualität zurückzuführen seien, verursachten zusätzliche Kosten für die öffentliche Hand.

Zahlreiche Akteure (AG, BE, BL, BS, GE, GL, NE, NW, OW, SO, SZ, ZH, Intergenerika und CVP) machen zudem geltend, die Arzneimittelversorgung sei durch dieses Verbot nicht gefährdet, da die Einfuhr durch persönliches Mitführen im Reiseverkehr oder durch Medizinalpersonen möglich bleibe. Überdies entspreche ein solches Verbot der Logik des Bundesrechts, das ein grundsätzliches Verbot des Versandhandels mit Arzneimitteln vorsehe (BL). Damit bestünde eine Analogie zur restriktiven Regelung für Dopingmittel (GL, NW und OW) oder zu jener für Betäubungsmittel (BS).

Der Kanton Basel-Stadt fügt hinzu, dass die Schweiz nicht das einzige Land mit einer solchen Regelung wäre, und erwähnt Deutschland, wo die Einfuhr von Arzneimitteln durch Einzelpersonen verboten ist. Gemäss diesem Kanton würde ein Verbot den administrativen Aufwand und die Kosten der Kontrolle verringern (Analyse von Produkten mit nicht identifizierbarem Inhalt oder Überprüfung der Monatsdosis). Der Gesetzgeber habe beabsichtigt, Touristen zu ermöglichen, ihre eigenen Arzneimittel in die Schweiz mitzubringen, nicht jedoch die Einfuhr auf dem Postweg zu gestatten. Mit dem zunehmenden Internethandel sei diese Bestimmung jedoch umgangen und ausgehöhlt worden. Der Kanton Genf weist zudem darauf hin, die betreffenden Arzneimittel würden in der Regel aus zwei Gründen über das Internet gekauft: aus wirtschaftlichen Überlegungen oder um die Pflicht zu umgehen, ein Arztrezept vorzulegen.

Die Kantone Basel-Land, Basel-Stadt, Thurgau und die CVP erklären übereinstimmend, der Internethandel lasse sich nur schwer kontrollieren. Der Kanton Thurgau hält fest, Art, Menge und Herkunftsländer der am Zoll abgefangenen Medikamentensendungen wiesen darauf hin, dass Medikamente eher selten zwecks Eigenbedarf im Ausland bestellt würden. Die Kantone Schaffhausen, Solothurn und Zug weisen darauf hin, dass es für die Konsumentinnen und Konsumenten schwierig sei, die Vertrauenswürdigkeit der Quelle zu beurteilen oder eine Fälschung zu erkennen.

Schliesslich verlangen die Kantone Glarus, Nidwalden, Obwalden und Schwyz, dass die "Business-to-business"-Einfuhr (zum Beispiel zwischen Apotheken oder Spitalapotheken) möglich bleibt, solange die Rückverfolgbarkeit der Rohstoffe bis zum Hersteller gewährleistet ist.

## **5.2 Gegen das vorgeschlagene Verbot**

14 Vernehmlassungsteilnehmer sprechen sich gegen das Verbot für Einzelpersonen aus, in der Schweiz nicht zugelassene verwendungsfertige Arzneimittel auf dem Postweg einzuführen: sieben Kantone (AI, AR, GR, TI, UR, VD, VS), sechs Organisationen (CP, fer-sr, FMH, GRIP, SwissTPH, VSVA) und eine politische Partei (Die Liberalen [FDP]).

Ein grosser Teil dieser Akteure verweist auf die persönliche Freiheit der Konsumentinnen und Konsumenten (AI, AR, TI, UR, VS, CP, fer-sr, GRIP und FDP). Es wird auch auf die Schwierigkeiten der Umsetzung eines solchen Verbots hingewiesen, zum Beispiel auf eine deutliche Erhöhung des Verwaltungsaufwands für die betroffenen Vollzugsbehörden (AI, GR, UR, VD, VS, fer-sr, GRIP und SwissTPH).

Einige Vernehmlassungsteilnehmer (VS, CP, fer-sr, FMH und SwissTPH) befürchten, dass kranke Touristen, die sich in der Schweiz aufhalten, keinen Zugang zu den Arzneimitteln mehr erhalten, die sie zur Behandlung benötigen. Die FMH und das SwissTPH äussern die Befürchtung, dass ein solches Verbot die Einfuhr bestimmter Arzneimittel, vor allem gegen Tropenkrankheiten, oder von «Off-Label»- oder «Compassionate-Use»-Medikamenten beeinträchtigen könnte, vor allem in den

Fachgebieten Onkologie und Dermatologie. Nach Ansicht dieser Organisationen muss eine Einfuhr durch Medizinalpersonen möglich bleiben. Die FMH betont, dass es für die praktizierenden Ärztinnen und Ärzte wichtig sei, dass ihnen die Arzneimittel direkt durch die Grossisten geliefert würden. Nach Ansicht des SwissTPH wäre es denkbar, die Möglichkeit zur Einfuhr von Kleinmengen von Arzneimitteln auf die Apotheken zu beschränken (mit Entschädigung für diese Dienstleistung), was eine Versorgung aus dem Ausland ausschliesslich über Grossisten-Kanäle ermöglichen würde.

Der Kanton Graubünden und das GRIP sprechen sich dafür aus, die Sensibilisierungskampagnen über die Risiken beim Kauf von Arzneimitteln aus unbekanntem Quellen, vor allem über das Internet, weiterzuführen oder noch auszubauen. Andere Akteure erachten die derzeitige Regelung und das bestehende Kontrollsystem als ausreichend (TI und VSVA).

Nach Ansicht des Kantons Tessin lässt sich das angestrebte Ziel mit dem vorgeschlagenen Verbot nicht erreichen, da dieses nach dem Vorbild des Betäubungsmittelgesetzes gestaltet wurde; die Erfahrung habe gezeigt, dass die Käufe im Internet und die Einfuhr auf dem Postweg trotz Verbot weitergeführt würden. Zudem würde ein solches Verbot den legalen Kauf von Arzneimitteln im Ausland bei verlässlichen Quellen und zu tieferen Preisen verhindern. Um eine Arzneimittelversorgung über sichere und kontrollierte Kanäle sicherzustellen, schlägt der Kanton Tessin vor, Artikel 36 Absatz 3 AMBV dahingehend zu ändern, dass die Apotheken und andere Inhaber einer Detailhandelsbewilligung verpflichtet würden, Arzneimittel ausschliesslich über die bewilligten Schweizer Grossisten einzuführen. Dies würde eine Praxisänderung des Instituts bezüglich der Einfuhr durch nicht zugelassene Arzneimittelgrossisten erfordern.

### **5.3 Weitere Meinungen**

13 Vernehmlassungsteilnehmer vertreten verschiedene andere Meinungen: zwei Kantone (LU und SG) und elf Organisationen (VKS, KAV, ASSGP, FIT, HKBB, Interpharma, SPO, pharmaSuisse, scienceindustries, SPHF und vips).

PharmaSuisse und der SPHF vertreten die Auffassung, die Regelung für die Einfuhr von Arzneimitteln durch Einzelpersonen müsse überdacht werden. Nach Ansicht dieser Organisationen besteht eine Inkohärenz zwischen den sehr strengen Einfuhrvorschriften für das Medizinalpersonal und den Vorschriften, die für Einzelpersonen gelten.

Der Kanton Luzern und die KAV sprechen sich für eine strengere Regelung der Einfuhr durch Einzelpersonen aus, nicht nur für in der Schweiz nicht zugelassene Arzneimittel, sondern auch für zugelassene Medikamente. Ihrer Meinung nach sollte die Einfuhr auf dem Post-/Kurierweg an klare, überprüfbare Bedingungen geknüpft werden (zum Beispiel ärztliches Rezept für das einzuführende Arzneimittel, das der Sendung beiliegen muss).

Die VKS zeigt sich bezüglich des Verbots unentschieden; sie macht geltend, je nach Wahl, die getroffen werde, müssten begleitende Massnahmen ergriffen werden, wie die Information und Sensibilisierung der Bevölkerung über die Risiken, die mit gefälschten Heilmitteln verbunden seien.

Der Kanton St. Gallen und die SPO schlagen vor, die Einfuhr nicht zugelassener Arzneimittel durch Einzelpersonen auf bestimmte Länder zu beschränken (zum Beispiel die EU-Staaten oder nach Ansicht der SPO auch die EFTA-Staaten, Australien, Japan, Kanada, Neuseeland, Singapur und die Vereinigten Staaten). Die Einfuhr aus anderen Ländern wie Indien oder aus dem Fernen Osten sollte aus Sicht der SPO verboten werden.

Andere Akteure (Interpharma, ASSGP, FIT, HKBB, scienceindustries und vips) vertreten die Auffassung, die Patientensicherheit sei nicht bedroht, wenn die Arzneimittel aus sicheren Quellen stammten; sie schlagen vor, die Umsetzung der europäischen Richtlinie 2011/62/EU abzuwarten, die eine Reglementierung der Online-Apotheken vorsieht (Identifizierung der legalen Online-Apotheken mittels eines Logos).

## 6 Anhänge

### Anhang 1 Liste der Abkürzungen

Abkürzung	Name
AG	Kanton Aargau
AI	Kanton Appenzell Innerrhoden
AMBV	Arzneimittel-Bewilligungsverordnung
AR	Kanton Appenzell Ausserrhoden
asd	Arbeitgeberverband der Schweizer Dentalbranche
ASSGP	Schweizerischer Fachverband für Selbstmedikation
BE	Kanton Bern
BL	Kanton Basel-Landschaft
BS	Kanton Basel-Stadt
CP	Centre Patronal
CVP	Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz
FASMED	Dachverband der Schweizerischen Handels- und Industrievereinigung der Medizinaltechnik
FDP	Die Liberalen
fer-sr	Fédération des Entreprises Romandes
FIT	Farma Industria Ticino
FMH	Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte
FR	Kanton Freiburg
FRC	Fédération romande des Consommateurs
GE	Kanton Genf
GL	Kanton Glarus
GR	Kanton Graubünden
GRIP	Groupement Romand de l'Industrie Pharmaceutique
HKBB	Handelkammer beider Basel
HMG	Heilmittelgesetz
Institut	Schweizerisches Heilmittelinstitut (Swissmedic)
Interpharma	Verband der forschenden pharmazeutischen Firmen der Schweiz
JU	Kanton Jura
KAV	Schweizerische Kantonsapothekervereinigung
KKPKS	Konferenz der Kantonalen Polizeikommandanten der Schweiz
LU	Kanton Luzern
NE	Kanton Neuenburg
NW	Kanton Nidwalden

<b>Abkürzung</b>	<b>Name</b>
OW	Kanton Obwalden
pharmalog.ch	swiss pharma logistics association
pharmaSuisse	Schweizerischer Apothekerverband
scienceindustries	Wirtschaftsverband Chemie Pharma Biotech
SDV	Schweizerischer Drogistenverband
SG	Kanton St. Gallen
SGV	Schweizerischer Gewerbeverband
SH	Kanton Schaffhausen
SMLA	Vereinigung der Schweizer Medizinalrechtsanwälte
SO	Kanton Solothurn
SP	Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP Schweiz)
SPhF	Apothekerverband des Kantons Freiburg
SPO	Stiftung SPO Patientenschutz
StPO	Schweizerische Strafprozessordnung
SVP	Schweizerische Volkspartei
SwissTPH	Schweizerisches Tropen- und Public Health-Institut
SZ	Kanton Schwyz
TG	Kanton Thurgau
TI	Kanton Tessin
UR	Kanton Uri
VD	Kanton Waadt
vips	Vereinigung Pharmafirmen in der Schweiz
VKS	Vereinigung der Kantonsärzte der Schweiz
VS	Kanton Wallis
VSVA	Verband der schweizerischen Versandapotheken
ZG	Kanton Zug
ZH	Kanton Zürich

Anhang 2 **Liste der Adressaten**

**1. Kantone und Fürstentum Liechtenstein/ Cantons et Principauté de Liechtenstein /  
Cantoni e Principato del Liechtenstein**

<b>Abk. Abrév. Abbrev.</b>	<b>Adressaten / Destinataires / Destinatari</b>
AG	Staatskanzlei des Kantons Aargau Chancellerie d'Etat du canton d'Argovie Cancelleria dello Stato del Cantone di Argovia
AI	Ratskanzlei des Kantons Appenzell Innerrhoden Chancellerie d'Etat du canton d'Appenzell Rhodes-Intérieures Cancelleria dello Stato del Cantone di Appenzello Interno
AR	Kantonskanzlei des Kantons Appenzell Ausserrhoden Chancellerie d'Etat du canton d'Appenzell Rhodes-Extérieur Cancelleria dello Stato del Cantone di Appenzello Esterno
BE	Staatskanzlei des Kantons Bern Chancellerie d'Etat du canton de Berne Cancelleria dello Stato del Cantone di Berna
BL	Landeskanzlei des Kantons Basel-Landschaft Chancellerie d'Etat du canton de Bâle-Campagne Cancelleria dello Stato del Cantone di Basilea Campagna
BS	Staatskanzlei des Kantons Basel-Stadt Chancellerie d'Etat du canton de Bâle-Ville Cancelleria dello Stato del Cantone di Basilea Città
FR	Staatskanzlei des Kantons Freiburg Chancellerie d'Etat du canton de Fribourg Cancelleria dello Stato del Cantone di Friburgo
GE	Staatskanzlei des Kantons Genf Chancellerie d'Etat du canton de Genève Cancelleria dello Stato del Cantone di Ginevra
GL	Regierungskanzlei des Kantons Glarus Chancellerie d'Etat du canton de Glaris Cancelleria dello Stato del Cantone di Glarona
GR	Standeskanzlei des Kantons Graubünden Chancellerie d'Etat du canton des Grisons Cancelleria dello Stato del Cantone dei Grigioni
JU	Staatskanzlei des Kantons Jura Chancellerie d'Etat du canton du Jura Cancelleria dello Stato del Cantone del Giura
LU	Staatskanzlei des Kantons Luzern Chancellerie d'Etat du canton de Lucerne Cancelleria dello Stato del Cantone di Lucerna
NE	Staatskanzlei des Kantons Neuenburg Chancellerie d'Etat du canton de Neuchâtel Cancelleria dello Stato del Cantone di Neuchâtel
NW	Staatskanzlei des Kantons Nidwalden Chancellerie d'Etat du canton de Nidwald Cancelleria dello Stato del Cantone di Nidvaldo

OW	Staatskanzlei des Kantons Obwalden Chancellerie d'Etat du canton d'Obwald Cancelleria dello Stato del Cantone di Obvaldo
SG	Staatskanzlei des Kantons St. Gallen Chancellerie d'Etat du canton de St-Gall Cancelleria dello Stato del Cantone di San Gallo
SH	Staatskanzlei des Kantons Schaffhausen Chancellerie d'Etat du canton de Schaffhouse Cancelleria dello Stato del Cantone di Sciaffusa
SO	Staatskanzlei des Kantons Solothurn Chancellerie d'Etat du canton de Soleure Cancelleria dello Stato del Cantone di Soletta
SZ	Staatskanzlei des Kantons Schwyz Chancellerie d'Etat du canton de Schwyz Cancelleria dello Stato del Cantone di Svitto
TG	Staatskanzlei des Kantons Thurgau Chancellerie d'Etat du canton de Thurgovie Cancelleria dello Stato del Cantone di Turgovia
TI	Staatskanzlei des Kantons Tessin Chancellerie d'Etat du canton du Tessin Cancelleria dello Stato del Cantone Ticino
UR	Standeskanzlei des Kantons Uri Chancellerie d'Etat du canton d'Uri Cancelleria dello Stato del Cantone di Uri
VD	Staatskanzlei des Kantons Waadt Chancellerie d'Etat du canton de Vaud Cancelleria dello Stato del Cantone di Vaud
VS	Staatskanzlei des Kantons Wallis Chancellerie d'Etat du canton du Valais Cancelleria dello Stato del Cantone del Vallese
ZG	Staatskanzlei des Kantons Zug Chancellerie d'Etat du canton de Zoug Cancelleria dello Stato del Cantone di Zugo
ZH	Staatskanzlei des Kantons Zürich Chancellerie d'Etat du canton de Zurich Cancelleria dello Stato del Cantone di Zurigo
FL	Regierung des Fürstentums Liechtenstein Gouvernement de la Principauté de Liechtenstein Governò del Principato del Liechtenstein
KdK	Konferenz der Kantonsregierungen Conférence des gouvernements cantonaux (CdC) Conferenza dei Governi cantonali (CdC)
GDK	Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und Gesundheitsdirektoren Conférence suisse des directrices et directeurs cantonaux de la santé (CDS) Conferenza svizzera delle direttrici e dei direttori cantonali della sanità (CDS)
VDK	Konferenz kantonaler Volkswirtschaftsdirektoren Conférence des Chefs des Départements cantonaux de l'Economie Publique (CDEP) Conferenza dei Directori Cantonali dell'Economia Publica (CDEP)
KKJOD	Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und –direktoren Conférence des Directrices et Directeurs des Département cantonaux de Justice et Police

	(CCDJP) Conferenza delle Direttrici e dei Direttori Dipartimenti cantonali di Giustizia e Polizia (CDDGP)
KSBS	Konferenz der Strafverfolgungsbehörden der Schweiz Conférence des Autorités de Poursuite pénale de Suisse (CAPS) Conferenza della Autorita Inquirenti Svizzere (CAIS)

**2. In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien / partis politiques représentés à l'Assemblée fédérale / partiti rappresentati nell' Assemblée federale**

BDP	Bürgerlich-Demokratische Partei Schweiz Parti bourgeois-démocratique Suisse (PBD) Partito borghese-democratico Svizzero (PBD)
csp-ow	Christlich-soziale Partei Obwalden
CSPO	Christlichsoziale Volkspartei Oberwallis
CVP	Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz Parti démocrate-chrétien suisse (PDC) Partito popolare democratico svizzero (PPD)
EVP	Evangelische Volkspartei der Schweiz Parti évangélique suisse (PEV) Partito evangelico svizzero (PEV)
FDP	Die Liberalen Les libéraux-radicaux (PLR) I liberali (PLR)
glp	Grünliberale Partei Parti vert'libéral (pvl)
GPS	Grüne Partei der Schweiz Parti écologiste suisse (PES) Partito ecologista svizzero (PES)
Lega	Lega dei Ticinesi
MCR	Mouvement Citoyens Romand
SPS	Sozialdemokratische Partei der Schweiz Parti socialiste suisse (PSS) Partito socialista svizzero (PSS)
SVP	Schweizerische Volkspartei Union démocratique du centre (UDC) Unione democratica di centro (UDC)

**3. Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete / associations faîtières des communes, des villes et des régions de montagne qui œuvrent au niveau national / associazioni mantello nazionali dei Comuni delle città e delle regioni di montagna**

SAB	Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete Groupement suisse pour les régions de montagne (SAB) Gruppo svizzero per le regioni di montagna (SAB)
SGV	Schweizerischer Gemeindeverband Association des Communes Suisses (ACS) Associazione dei Comuni Svizzeri (ACS)

SSV	Schweizerischer Städteverband Union des villes suisses (UVS) Unione delle città svizzere UCS)
-----	---

**4. Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft / associations faitières de l'économie qui œuvrent au niveau national/ associazioni mantello nazionali dell'economia**

economie-suisse	Verband der Schweizer Unternehmen Fédération des entreprises suisses Federazione delle imprese svizzere Swiss business federation
KV Schweiz	Kaufmännischer Verband Schweiz Société suisse des employés de commerce (SEC Suisse) Società svizzera degli impiegati di commercio (SIC Svizzera)
SAV	Schweizerischer Arbeitgeberverband Union patronale suisse Unione svizzera degli imprenditori
SBV	Schweizerische Bankiervereinigung Association suisse des banquiers (ASB) Associazione svizzera dei banchieri (ASB)
SBV	Schweizerischer Bauernverband Union suisse des paysans (USP) Unione svizzera dei contadini (USC)
SGB	Schweizerischer Gewerkschaftsbund Union syndicale suisse (USS) Unione sindacale svizzera (USS)
SGV	Schweizerischer Gewerbeverband Union suisse des arts et métiers (USAM) Unione svizzera delle arti e mestieri (USAM)
SVF	Schweizerischer Verband für Frauenrechte Association suisse pour les droits de la femme (ADF) Alliance Internationale des Femmes (AIF)
Travail.Suisse	Travail.Suisse

**5. Organisation und interessierte Kreise / Organisations et milieux intéressés / Organizzazioni e cerchie interessate**

ACSI	Associazione Consumatrici della Svizzera italiana
AGePPh	Association Genevoise des Préparateurs en Pharmacie
aiti	FARMA INDUSTRIA TICINO - Associazione ticinese delle industrie chimiche e farmaceutiche
APA	Ärzte mit Patientenapotheke
ASSGP	Schweizerischer Fachverband für Selbstmedikation Association Suisse des Fabricants de Spécialités Grand Public (ASSGP)
Avpph	Association Valaisanne des Préparateurs en Pharmacie
BGK	Beratungs- und Gesundheitsdienst für Kleinwiederkäuer Service consultatif et sanitaire pour petits ruminants (SSPR)

Bio.inspecta	Bio.inspecta AG
biomedica	Biomedica, Schule für westliche und fernöstliche Medizin
Bio Suisse	Dachverband der Schweizer Biolandbau-Organisationen Fédération des organisations suisses d'agriculture biologique Associazione mantello delle organizzazioni svizzere per l'agricoltura biologica
ChiroSuisse	Schweizerische Chiropraktoren-Gesellschaft, Bern Association Suisse des Chiropraticiens (ASC) Associazione svizzera dei chiropratici (ASC)
Coop	Coop, Direktionssitz Basel Coop, Direction Coop, Direzione
CP	Centre Patronal, Bern
curafutura	Curafutura, Bern
Curahumanis	Berufs- und Personalverband der Alters-/Langzeitpflege und Betreuung Association professionnelle pour l'assistance aux personnes âgées et les soins de longue durée Associazione professionale per la cura e l'assistenza agli anziani e ai lungodegenti
ESD	Ecole Supérieure de droguerie
FAS	Verband Schweizerischer Firmen für Arzt- und Spitalbedarf
FASMED	Schweizerische Handels- und Industrievereinigung der Medizintechnik Fédération des associations suisses du commerce et de l'industrie de la technologie médicale
fenaco	Fenaco, Bern
Fidelio	Fidelio Biofreiland AG
FIT	Farma Industria Ticino
fmCh	Verband chirurgisch und invasiv tätiger Ärztinnen und Ärzte Schweiz Union des sociétés spécialisées des chirurgiens
FMH	Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte Fédération des médecins suisses Federazione dei medici svizzeri
FRC	Fédération romande des consommateurs
Galenica	Galenica AG Galenica SA
GfS	Gesundheitsförderung Schweiz Promotion Santé Suisse (PSS) Promozione Salute Svizzera (PSS)
GRIP	Groupement Romand de l'Industrie Pharmaceutique
GSASA	Gesellschaft schweizerischer Amts- und Spitalapotheker Association suisse des pharmaciens de l'administration et des hôpitaux Associazione svizzera dei farmacisti dell'amministrazione e degli ospitali
GSIA	Gesellschaft Schweizerischer Industrieapotheker(Innen) Société suisse des pharmaciens(nes) d'industrie (SSPI)
GST	Gesellschaft Schweizerischer Tierärzte Société des Vétérinaires suisse (SVS)
H+	H+ Die Spitäler der Schweiz H+ Les Hôpitaux de Suisse H+ Gli Ospedali Svizzeri
Helvecura	Pflichtlagerorganisation von Heilmitteln Organisation des détenteurs de réserve obligatoire de médicaments
IDS	Institut de droit de la Santé, Université de Neuchâtel
IG DHS	Interessengemeinschaft Detailhandel

	Communauté d'intérêt du commerce de détail suisse (CI CDS)
IHS	Ingenieur Hospital Schweiz Ingénieur Hôpital Suisse
INSOS	Nationaler Branchenverband der Institutionen für Menschen mit Behinderung Association de branche nationale pour personnes avec handicap
Intergenerika	Intergenerika, Liestal
Interpharma	Verband der forschenden pharmazeutischen Firmen der Schweiz Association des entreprises pharmaceutiques suisses pratiquant la recherche Associazione delle imprese farmaceutiche svizzere che praticano la ricerca
IPK	Interessenverband für pharmazeutische, kosmetische und verwandte Produkte, Sisseln
IP-Suisse	IP-Suisse, Zollikofen
ISE	Institut für Gesundheit und Ökonomie Institut de santé et d'économie
ISPM BE	Institut für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Bern Institut de médecine sociale et préventive de l'Université de Berne Istituto di medicina sociale e preventiva dell'Università di Berna
ISPM BS	Institut für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Basel Institut de médecine sociale et préventive de l'Université de Bâle Istituto di medicina sociale e preventiva dell'Università di Basileo
ISPM ZH	Institut für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Zürich Institut de médecine sociale et préventive de l'Université de Zurich Istituto di medicina sociale e preventiva dell'Università di Zurigo
IUMSP	Institut für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Lausanne Institut universitaire de médecine sociale et préventive de Lausanne Istituto universitario di medicina sociale e preventiva di Losanna
KAG	Kagfreiland
KAV	Schweizerische Kantonsapothekervereinigung Association des pharmaciens cantonaux (APC) Associazione dei farmacisti cantonali (AFC)
	Kantonale Apothekervereine Sociétés cantonales de pharmacie
	Kantonale Drogistenverbände Sociétés cantonales de droguistes
KF	Konsumentenforum Forum des consommateurs Forum dei consumatori
KGL	Gewerbeverband des Kantons Luzern
KKA	Konferenz der Kantonalen Ärztesgesellschaften Conférence des sociétés cantonales de médecine (CCM) Conferenza delle Società Mediche Cantionali (CMC)
Lobag	Landwirtschaftliche Organisation Bern und angrenzende Gebiete
MGB	Migros-Genossenschafts-Bund La Fédération des coopératives Migros (FCM) Federazione delle cooperative Migros (FCM)
MMS	Medicus Mundi Schweiz, Netzwerk Gesundheit für alle Medicus Mundi Suisse, Réseau santé pour tous
MWS	Ärztinnen Schweiz Femmes médecins Suisse Donne medico Svizzera
Pharmalog.ch	Swiss pharma logistic association
pharmaSuisse	Schweizerischer Apothekerverband

	Société suisse des pharmaciens Società svizzera dei farmacisti
PLANeS	Sexuelle Gesundheit Schweiz Santé sexuelle Suisse Salute sessuale Svizzera
Promarca	Promarca Schweizerischer Markenartikelverband Promarca Union suisse de l'article de marque
Public Health	Public Health Schweiz Santé publique Suisse Salute pubblica Svizzera
RADIX	Schweizerische Gesundheitsstiftung Fondation suisse pour la santé Fondazione svizzera per la salute
SAAK	Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für klinische Krebsforschung Groupe Suisse de Recherche Clinique sur le Cancer Gruppo Svizzero di Ricerca Clinica sul Cancro
SAG	Schweizerische Arbeitsgruppe Gentechnologie
SAMW	Schweizerische Akademie der medizinischen Wissenschaften Académie Suisse des Sciences Médicales (ASSM) Accademia Svizzera delle Scienze Mediche (ASSM)
Santésuisse	Die Schweizer Krankenversicherer Les assureurs-maladie suisses
SAPI	Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Patienteninteressen Communauté suisse de travail pour les intérêts des patient-e-s
SBAO	Schweizerischer Berufsverband für Augenoptik u. Optometrie Société Suisse pour l'Optique et l'Optométrie (SSOO)
SBK	Schweizerischer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner Association suisse des infirmières et infirmiers (ASI) Associazione svizzera delle infermiere e degli infermieri (ASI)
SBV	Schweizerische Belegärzte-Vereinigung Association Suisse de Médecins indépendants travaillant en cliniques privées et Hôpitaux (ASMI)
SDH	Swiss Dental Hygienists
SDV	Schweizerischer Drogisten-Verband L'Association suisse des droguistes (ASD) Associazione svizzera dei droghieri (ASD)
SFK	Schweizer Fachverband für Kosmetik
SFPV	Schweizerischer Fusspflegeverband
SFZV	Schweizerischer Freibergerzuchtverband Fédération suisse d'élevage du cheval de la rase des Franches-Montagnes (FSFM)
SGBE	Schweizerische Gesellschaft für biomedizinische Ethik Société Suisse d'Ethique Biomédicale (SSEB) Società Svizzera di Etica Biomedica
SGGP	Schweizerische Gesellschaft für Gesundheitspolitik Société suisse pour la politique de la santé Società svizzera per la politica della salute
SGIM	Schweizerische Gesellschaft für Allgemeine Innere Medizin Société Suisse de Médecine Interne Générale (SSMI) Società Svizzera di Medicina Interna Generale (SSMI)
SGNM	Schweizerische Gesellschaft für Nuklearmedizin Société suisse pur la médecine nucléaire (SSMN)

SGP	Schweizer Geflügelproduzenten Association Suisse des Producteurs de Volaille (ASPV)
SGPG	Schweizerische Gesellschaft für Fachärztinnen und -ärzte für Prävention und Gesundheitswesen Société suisse des médecins spécialiste en prévention et santé publique (SSSP)
SGPhW	Schweizerische Gesellschaft der pharmazeutischen Wissenschaften
SGRRC	Schweizerische Gesellschaft für Radiopharmazie und Radiopharmazeutische Chemie
SGSV	Schweizerische Gesellschaft für Sterilgutversorgung
SHV	Schweizerischer Hebammenverband Fédération suisse des sages-femmes Federazione svizzera delle levatrici
SI	Scienceindustries
SKL	Krebsliga Schweiz Ligue Suisse contre le Cancer Lega Svizzera contro il Cancro
SKS	Stiftung für Konsumentenschutz Fondation pour la protection des consommateurs Fondazione per la protezione dei consumatori
SMI	Schweizerische Medikamenteninformationsstelle
SMP	Schweizer Milchproduzenten
SNV	Schweizerische Normen-Vereinigung
SOV	Schweizerischer Optikerverband Association Suisse de l'Optique (ASO)
SPO	Stiftung SPO Patientenschutz Fondation Organisation suisse des patients OSP Fondazione Organizzazione svizzera dei pazienti OSP
SRK	Blutspende SRK Schweiz Transfusion CRS Suisse Transfusione CRS Svizzera
SSO	Schweizerische Zahnärzte-Gesellschaft Société suisse des médecins-dentistes Società svizzera odontoiatri
SSPT	Swiss society of pharmacology and toxicology
STIZ	Schweizerisches Toxikologisches Informationszentrum Centre Suisse d'Information Toxicologique (CSIT) Centro Svizzero d'Informazione tossicologica(CSIT)
STS	Schweizer Tierschutz
Suisag	Dienstleistungszentrum für die Schweineproduktion
Suisseporcs	Suisseporcs
SULM	Schweizerische Union für Laboratoriumsmedizin Union Suisse de Médecine de Laboratoire (USML)
SVBG	Schweizerischer Verband der Berufsorganisationen im Gesundheitswesen Fédération Suisse des Associations professionnelles du domaine de la Santé (FSAS)
SVDI	Schweizerischer Verband der Diagnostica- und Diagnostica-Geräte-Industrie Association suisse de l'industrie des équipements et produits diagnostiques (ASID)
SVKB	Schweizerischer Verband für künstliche Besamung
SVPK	Schweizerische Vereinigung der Privatkliniken Cliniques Privées Suisses Cliniche Private Svizzere
SVS	Schweizerische Vereinigung der Spitaldirektoren
SVSK	Schweizerischer Verband Kosmetikerinnen

swiss scc	Gesellschaft schweizerischer Kosmetik-Chemiker Société suisse des chimistes-cosméticiens
swissT.net	Schweizer Technologie Netzwerk
Swiss TPH	Schweizerisches Tropen- und Public Health Institut Institut Tropical et de Santé Publique Suisse
SWTR	Schweizerischer Wissenschafts- und Technologierat Conseil suisse de la science et de la technologie (CSST) Consiglio svizzero della scienza e della tecnologia (CSST)
SZV	Schweizerischer Schafzuchtverband Fédération suisse d'élevage ovin Federazione svizzera d'allevamento ovino
SZZV	Schweizerischer Ziegenzuchtverband Fédération suisse d'élevage caprin (FSEC) Federazione svizzera d'allevamento caprino (FSAC)
Translait SA	Translait SA
UFA AG	Union des Fédérations Agricoles
VEDAG	Verband deutschschweizerischer Ärztgesellschaften
VetSA	Schweizerische Verteilzentrale für Tierarzneimittel Centrale suisse de répartition de médicaments vétérinaires
VIPS	Vereinigung der Importeure pharmazeutischer Spezialitäten Association des Entreprises Pharmaceutiques en Suisses
VKCS	Verband der Kantonschemiker der Schweiz Association des chimistes cantonaux de Suisse (ACCS) Associazione dei chimici cantonali svizzeri (ACCS)
VKMB	Vereinigung zum Schutz kleiner und mittlerer Bauern Association suisse pour la défense des petits et moyens paysans Associazione svizzera per la difesa dei piccoli e medi contadini
VKS	Vereinigung der Kantonsärzte der Schweiz Association des médecins cantonaux de Suisse (AMCS) Associazione de medici cantonali della Svizzera (AMCS)
VLSS	Verein der Leitenden Spitalärzte der Schweiz l'Association des médecins dirigeants d'hôpitaux de Suisse (AMDHS)
VOFIS	Verein ophthalmologischer Firmen der Schweiz Association des maisons ophtalmiques en Suisse
VRS	Vereinigung Rettungssanitäter Schweiz
VSBB	Verband der schweizerischen Bienenzüchtervereine
VSF	Vereinigung Schweizerischer Futtermittelfabrikanten Association suisse des fabricants d'aliments fourragers
VSF	Verband Schweizer Fischzüchter Association de pisciculteurs Suisse
VSKT	Vereinigung der Schweizerischen Kantonstierärztinnen und Kantonstierärzte Association Suisse des vétérinaires cantonaux (ASVC)
VSP	Verband Schweizerischer Pferdezuchtorganisationen Fédération Suisse des organisations d'Elevage Chevalin (FSEC)
VSP	Schweizerischer Verband Professioneller Piercer Fédération Piercer Suisse (FPS) Federazione Piercer Svizzeri (FSP)
VST	Verband schweizerischer Berufstätowierer Association Suisse des tatoueurs professionnels (ASTP) Lega Svizzera dei tatuatori professionisti (LSTP)
VSVA	Verband der schweizerischen Versandapotheken

	Association Suisse des Pharmacies de Service direct
VZFS	Verband zoologische Fachgeschäfte der Schweiz
VZLS	Verband zahntechnischer Laboratorien der Schweiz L'association des laboratoires de prothèse dentaire de Suisse (ALPDS) L'Associazione dei Laboratori di Protesi Dentaria Svizzeri (ALPDS)
Xund	Dachverband Xund Association faîtière Xund